

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Lisa Badum, Dr. Julia Verlinden, Claudia Roth,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/5483 –**

**Preisschock durch fossile Brennstoffe als Weckruf verstehen –
Unabhängigkeit von Kohle, Öl und Gas vorantreiben**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu aufgefordert soll, den Preisschock durch fossile Brennstoffe als Weckruf zu verstehen und die Unabhängigkeit von Öl und Gas voranzutreiben. Die Bundesregierung solle insbesondere die erste internationale Konferenz zur globalen Abkehr von fossilen Energien in Santa Marta durch die persönliche Teilnahme von Bundesumweltminister Carsten Schneider unterstützen. Darüber hinaus solle sich Deutschland als Gastgeber der nächsten Folgekonferenz anbieten und – wie Brasilien – noch im Laufe des Jahres einen nationalen Fahrplan für den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas vorlegen. Dieser solle konkrete Zwischenschritte für alle Sektoren bis zum Jahr 2045 enthalten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/5483 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2026

**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare
Sicherheit**

Lorenz Gösta Beutin
Vorsitzender

Mark Helfrich
Berichterstatter

Dr. Ingo Hahn
Berichterstatter

Jakob Blankenburg
Berichterstatter

Lisa Badum
Berichterstatterin

Dr. Fabian Fahl
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Mark Helfrich, Dr. Ingo Hahn, Jakob Blankenburg, Lisa Badum und Dr. Fabian Fahl

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 21/5483** wurde in der 75. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. April 2026 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu aufgefordert soll,

1. die erste internationale Konferenz zur globalen fossilen Abkehr in Santa Marta tatkräftig zu unterstützen und, dem guten Beispiel europäischer Nachbarn wie Dänemark und Spanien folgend, die persönliche Teilnahme des Bundesumweltministers sicherzustellen;
2. sich proaktiv als Gastgeber für die nächste Folgekonferenz anzubieten, um Deutschland als diplomatischen Wegbereiter bei der weltweiten Abkehr von den fossilen Energien zu positionieren;
3. dem Beispiel Brasiliens folgend im Laufe des Jahres einen nationalen Fahrplan für die Unabhängigkeit von Kohle, Öl und Gas mit konkreten Zwischenschritten in allen Sektoren bis 2045 vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 31. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5483 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 50. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5483 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** hat in seiner 32. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5483 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 37. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5483 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 31. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/5483 abzulehnen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat den Antrag auf Drucksache 21/5483 in seiner 44. Sitzung am 7. Oktober 2026 abschließend behandelt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass insbesondere im Winter mit weiter steigenden Öl- und Gaspreisen zu rechnen sei. Die Bundesregierung reagiere darauf bislang nicht ausreichend, sondern schwäche unter anderem das Preissignal beim CO₂-Preis ab und reduziere damit die Einnahmen für klimafreundliche Alternativen. Die Bürgerinnen und Bürger müssten angesichts der hohen Preise unterstützt und zugleich müsse die Abhängigkeit von Öl und Gas weiter verringert werden. Der jüngste Umgang mit den Ölreserven zeige zudem, wie problematisch eine starke fossile Abhängigkeit von Autokratien sei. Je größer diese Abhängigkeit und damit die wirtschaftliche Verwundbarkeit sei, desto schwieriger werde auch die außenpolitische Unabhängigkeit. Deshalb müssten die erneuerbaren Energien ausgebaut und der Umstieg auf erneuerbare Heizungen erleichtert werden. Andernfalls drohe insbesondere Haushalten mit Öl- und Gasheizungen eine Kostenfalle.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, die vergangenen Jahre hätten die Verwundbarkeit von Volkswirtschaften bei einer Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus autoritären oder instabilen Regionen gezeigt. Deutschland müsse diese Abhängigkeit daher weiter verringern, was sowohl dem Klimaschutz als auch der Energiesicherheit und der wirtschaftlichen Resilienz diene. Der Antrag stamme jedoch bereits aus April dieses Jahres, sodass wesentliche Forderungen inzwischen umgesetzt oder überholt seien. Deutschland habe sich an der Konferenz in Santa Marta beteiligt, während die nächste Folgekonferenz 2027 von Irland und Tuvalu ausgerichtet werde. Zudem habe die Bundesregierung am 23. September 2026 einen nationalen Fahrplan für die schrittweise Abkehr von fossilen Energien vorgelegt, der unter anderem den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Elektrifizierung von Verkehr und Industrie vorsehe. Entscheidend sei nun die Umsetzung. Für die Fraktion der CDU/CSU sei die Abkehr von fossilen Energieträgern kein Selbstzweck. Klimafreundliche Alternativen müssten verfügbar, wirtschaftlich tragfähig und skalierbar sein. Klimaneutralität bis 2045 müsse mit Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähigen Energiepreisen und einem starken Industriestandort verbunden werden. Die Fraktion der CDU/CSU kündigte schließlich die Ablehnung des Antrags an, da wesentliche Forderungen bereits umgesetzt oder überholt seien.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, dass die Antragsteller die hohen Öl- und Gaspreise zum Anlass nähmen, den Ausstieg aus fossilen Energieträgern weiter zu beschleunigen. Ursache der Belastungen sei vielmehr eine Energiepolitik mit hohen Abgaben, künstlicher Verknappung und politischen Eingriffen. Deutschland brauche daher eine sichere, bezahlbare und technologieoffene Energieversorgung statt weiterer Ausstiegsbeschlüsse. Der geforderte Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bis 2045 schränke den energiepolitischen Handlungsspielraum weiter ein und gefährde noch mehr Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Bestehende Gasnetze und Energieinfrastrukturen sollten erhalten und genutzt werden. Auch der Ausschluss der Kernenergie sei abzulehnen. Entscheidend seien technische Machbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit. Internationale Konferenzen und diplomatische Initiativen lösten keine konkreten Probleme bei Energiepreisen und Versorgung in Deutschland. Stattdessen brauche es niedrigere Steuern und Abgaben, die Abschaffung der CO₂-Bepreisung sowie eine breite und verlässliche Energieversorgung. Die Fraktion der AfD kritisierte schließlich die energiepolitische Haltung der Union, die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern vermeiden und gleichzeitig an der Klimaneutralität festhalten wolle.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass die vergangenen Jahre deutlich gemacht hätten, welche Risiken die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern für Energieversorgung, Wirtschaft und geopolitische Unabhängigkeit mit sich bringe. Die Energiekrise 2022 infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine sowie die jüngsten Spannungen in der Straße von Hormus hätten dies erneut gezeigt. Die Fraktion der SPD teile daher grundsätzlich die Stoßrichtung des Antrags. Der nachhaltige Ausweg aus Preisabhängigkeit und Erpressbarkeit liege im konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien und in der zügigen Elektrifizierung von Industrie, Wärmeversorgung und Verkehr. Diesen Weg beschreite die Bundesregierung bereits. Deutschland habe zudem als drittes Land weltweit seinen Fahrplan im Rahmen des TAFF-Prozesses vorgelegt. Da die wesentlichen Anliegen des Antrags durch die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung bereits aufgegriffen worden seien und der Antrag damit durch die weitere Entwicklung überholt sei, signalisierte die Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion Die Linke** stimmte zwar dem Titel des Antrags grundsätzlich zu, hielt dessen Inhalt jedoch für nicht ausreichend konkret. Angesichts des von Bundesumweltminister Carsten Schneider vorgestellten Fahrplans stelle sich die Frage, welchen konkreten Mehrwert die persönliche Teilnahme an internationalen Konferenzen habe, wenn dahinter nur wenige konkrete Maßnahmen stünden. Dies könne den Eindruck von Symbolpolitik und Greenwashing erwecken. Zugleich wies die Fraktion Die Linke darauf hin, dass Deutschland insbesondere bei der globalen Klimafinanzierung schlecht aufgestellt sei. Auch die hohen Ausgaben für die Aufrüstung und der damit verbundene Erhalt fossiler Strukturen stünden einer nachhaltigen Transformation entgegen. Für eine erfolgreiche Abkehr von fossilen Energien brauche es daher weitere ordnungspolitische Maßnahmen. Den von der AfD angeführten Begriff der „künstlichen Verknappung“ fossiler Energien wies die Fraktion Die Linke zurück. Ein Tankrabbat schwäche vielmehr das Preissignal und stehe damit auch im Widerspruch zu diesem Argument.

In ihrer **Replik** räumte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein, dass der Antrag vor der Vorlage des Ausstiegsplans der Bundesregierung entstanden sei. Dieser Plan erledige den Antrag jedoch nicht, da die Bundesregierung nahezu zeitgleich einen Tankrabbat beschlossen habe. Dies sende kein überzeugendes Signal für die angestrebte Unabhängigkeit von Öl und Gas. Es bedürfe daher weiterer Maßnahmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 21/5483 abzulehnen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 7. Oktober 2026

Mark Helfrich
Berichterstatter

Dr. Ingo Hahn
Berichterstatter

Jakob Blankenburg
Berichterstatter

Lisa Badum
Berichterstatterin

Dr. Fabian Fahl
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.